

Gute Nachrichten für Vertriebene und Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina:

Der Staat will die Rückkehrwilligen aufnehmen, unterstützen und Sicherheit gewähren – mit Kredit aus der Europäischen Gemeinschaft

BANJA LUKA - Der politische Wille ist gegeben: Die Vertriebenen sollen zurückkehren und zurückkehren können. Hierzu sei die Frage der Sicherheit für die Rückkehrer im Land geklärt, stellten Slavko Marin, der stellvertretende Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge in Bosnien und Herzegowina sowie der Vizepräsident der Republik Srpska in BiH, Davor Čordaš, übereinstimmend in einem ausführlichen Gespräch mit Vertretern der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft e.V. Hannover (DKG), in Banja Luka, fest. "Wir haben lange gebraucht, um dem Gerücht entgegen zu wirken, dass die Kroaten, die in den Kriegsjahren zwischen 1992 und 1995 vertrieben wurden, nicht aus ihren derzeitigen Aufenthaltsländern - wie Deutschland, Kroatien, Österreich, der Schweiz, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika - zurückkehren wollen. Uns liegen derzeit bereits rund 12.000 Anträge zur Rückkehr vor", betonte Čordaš. Wie verbunden die Vertriebenen mit ihrem Heimatland seien, würden sie zum Beispiel in ihrem Urlaub unter Beweis stellen, den sie "an ihren Ruinen in Bosnien-Herzegowina verbringen". Weite Gebiete der Republik Srpska seien seit der Vertreibung nach wie vor menschenleer, die Häuser verlassen und größtenteils durch die Kriegswirren unbewohnbar." Es gäbe auch eine Übereinstimmung darüber, dass die Förderung der Rückkehrer schnell eingeleitet werden müsse und zwischen den Jahren 2009 und 2014 abgeschlossen sein soll. "Zur Lösung dieses Problems benötigen wir zwei bis 300 Millionen Mark (entspricht 150 Millionen Euro) im Jahr", hob Čordaš im Gespräch hervor. "Aber die jetzigen Budgetmittel des eigenen Staates ermöglichen nur 100 Millionen Mark. Wenn das so bleiben würde, dann können wir das Problem erst in vierzehn Jahren lösen. Aber die Zeit ist hier der größte Feind der Rückkehrer." Das sieht auch die DKG so. Zu dieser Situation habe nicht unmaßgeblich die internationale Gemeinschaft beigetragen. In den ersten fünf Nachkriegsjahren, in denen es sehr viele Rückkehrwillige gab, wurde vor allem seitens der Europäischen Union nichts unternommen, um die Rückkehr zu ermöglichen. Im Gegenteil, so die Kritik der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft, "die internationale Gemeinschaft sah zu, wie Haus und Hof, Land und Gut, von nachrückenden Bevölkerungsgruppen widerrechtlich in Besitz genommen wurde." Bereits während des Krieges setzte sich Bischof Dr. Franjo Komarica, Bistum Banja Luka, maßgeblich für die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge ein. "Neunzig Prozent der Menschen meiner Diözese wurden im Krieg auf brutalste Weise vertrieben, Hunderte getötet. Und die internationale Gemeinschaft hat anschließend im Vertrag von Dayton die Täter zu Opfern gemacht", so seine Kritik. So hoffe auch er darauf, dass das beschriebene politische Vorhaben mit finanzieller Unterstützung der EU bald in die Tat umgesetzt werden könne.

Bruno Brommer, Botschaftsrat und Leiter der Außenstelle der Deutschen Botschaft Sarajevo, in Banja Luka, BiH, bestätigte den Vertretern der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft in einem gesonderten Gespräch vor Ort, dass es "durchaus eine neue Bewegung der Aussöhnung mit der eigenen Heimat der Vertriebenen in Bosnien-Herzegowina gibt, die sie vor vierzehn Jahren verlassen haben".

Allein aus eigener Kraft wird der Staat BiH die notwendigen Voraussetzungen für die Rückkehr der Vertriebenen nicht leisten können. Die fehlenden Finanzmittel werden vor allem aus der EU erwartet. Neu hierbei ist: „Wir erwarten hierzu nicht mehr eine finanzielle Hilfe, sondern uns geht es um einen Kredit, den wir zurückzahlen“, betonte der Vizepräsident gegenüber den deutschen Gesprächspartnern. Čordaš weiter: "Ich appelliere daher an die Öffentlichkeit Wege zu finden, diesen Kredit bekommen zu können, der für die Rückkehrer

schnell kommen muss und von außerordentlicher Bedeutung ist." Etwa 700 Millionen dieser Mittel werden vor allem für den Wiederaufbau der Häuser benötigt. Weitere 500 Millionen für die notwendige Infrastruktur, wie Stromnetze, Wasserleitungen und Straßenbau. Hierzu habe das Parlament von Bosnien-Herzegowina klare Konzepte ausgearbeitet, bestätigte der stellvertretende Minister Slavko Marin. Marin: "Wir haben zum Beispiel auch eine Datenbank eingerichtet. Daher wissen wir ganz genau, dass es um 40.000 Familien geht. Oder anders gesagt, um 150.000 Personen. Wir wissen wo sie sind und wohin sie wollen. Und wir wissen, was wir tun müssen. Der Kredit hätte zusätzlich notwendige und positive Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes". Marin weiter: "Wenn wir dieses Geld bekommen, dann wird Bosnien-Herzegowina zu einer großen Baustelle der Zukunft, auf der sehr viele Menschen in verschiedenen Branchen Arbeit finden werden. Und die beruflichen Erfahrungen, das Know-How, das sich die Menschen während der Zeit ihrer Vertreibung in anderen Ländern aneignen konnten, diese Erfahrungen brauchen wir, sie sollen diese Erfahrungen mitbringen und in diesem Land beim Wiederaufbau einsetzen." Der Staat werde sicherlich nicht, "wie im früherem Regime", Fabriken zur Schaffung von Arbeitsplätzen bauen. Aber die Regierung wird die Rückkehrer und ihre Ideen unterstützen. Gute Ideen und Eigeninitiativen würden zudem auch durch Entwicklungsbankinstitute Unterstützung erfahren. "Sollte es zu diesen geplanten Maßnahmen für die Rückkehrer in naher Zukunft kommen, würden wir dies unbedingt begrüßen", erklärte Msgr. Dr. Miljenko Anicic, Caritas-Direktor Bistum Banja Luka. "Wir brauchen unbedingt derartige Entwicklungen in diesem Land, um von grundauf die Sozialverhältnisse verbessern zu können. Derzeit sind die Verhältnisse schlechter noch, als unmittelbar nach Kriegsende im Jahr 1995. Die Menschen hungern - vor allem in den weiten Bergregionen."

Die Deutsch-Kroatische Gesellschaft appelliert daher an alle politischen Vertreter des Bundestages und des Europaparlaments, sich dieser Bitte einer Kreditgewährung zu stellen, sie zu unterstützen und sie zu ermöglichen. Auf diese Weise könne der vor wenigen Monaten geschlossene Assoziierungsvertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien-Herzegowina für die Menschen innerhalb und außerhalb des Landes erfahrbar werden. Die DKG werde aktiv diesen Prozess begleiten. Zunächst aber sei es wichtig, diese Nachricht den Vertriebenen mitzuteilen und sie ebenfalls in diesen Prozess einzubeziehen, bevor die DKG weitere konstruktive Gespräche mit zuständigen Vertretern des Europa-Parlaments führen werde, so die abschließende Position der DKG nach dem von ihr gewünschten Gespräch, mit zuständigen Politikern in Bosnien-Herzegowina.

Die Deutsch Kroatische Gesellschaft e.V. Hannover (DKG) wurde während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1992 in Hannover gegründet. Obwohl als Institution der Kulturförderung ins Leben gerufen, kümmerte sie sich von Anfang an in großem Umfang um humanitäre Hilfe. Inzwischen hat die DKG über sechs Millionen Euro für Förderzwecke (zum Beispiel für Familien, die Einrichtung von Schulen, Förderung eines Familienzentrums) durch Spendenaufrufe und öffentliche Mittel als Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen können. Heute, 14 Jahre nach Kriegsende, kommt zur humanitären und kulturellen Arbeit die gesellschaftspolitische hinzu.

(24.06.09)